

## Hintergrund

### Sind die erneuerbaren Energien schuld an steigenden Strompreisen?

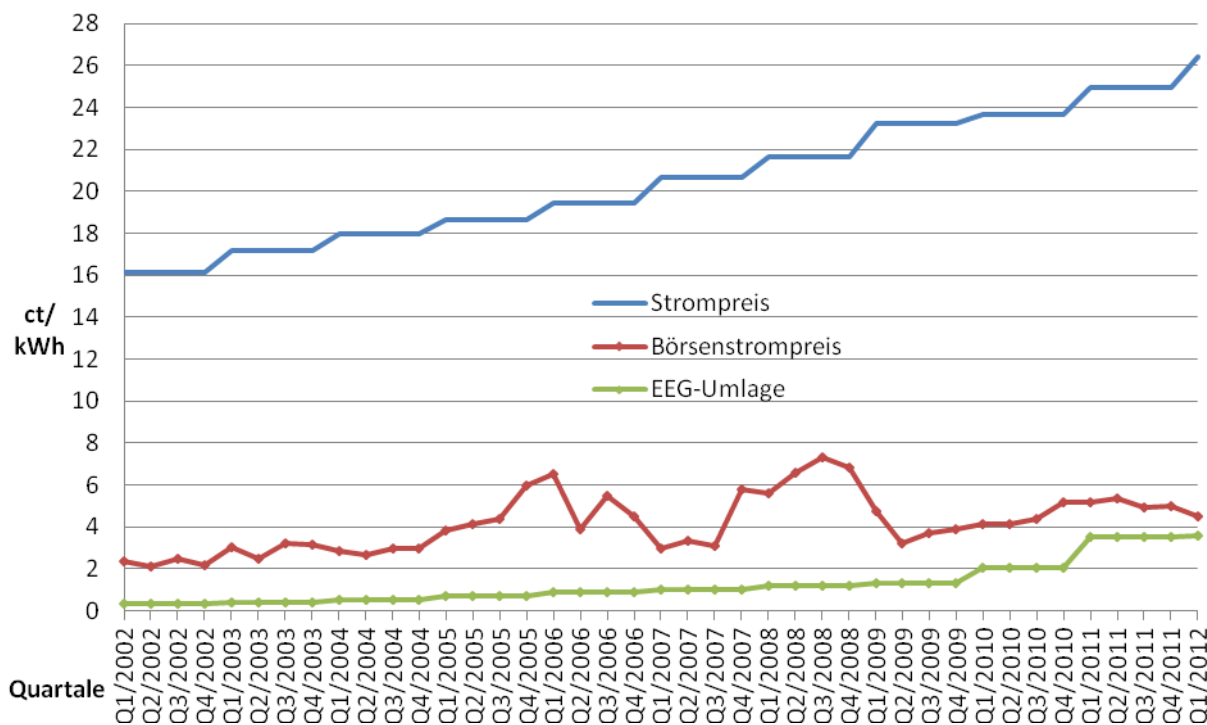
#### 1. Strompreise stiegen auch ohne Energiewende

Dass die erneuerbaren Energien schuld an steigenden Strompreisen seien, wird im Zuge aktueller Strompreiserhöhungen häufig behauptet. Das ist so aber nicht richtig.

Klar ist, dass der Ausbau erneuerbarer Energien nicht zum Nulltarif zu haben ist, doch dies wird von vielen zur Stimmungsmache gegen die Energiewende genutzt. Erst kürzlich hat die Unternehmensberatung McKinsey errechnet, dass der Umstieg auf grünen Strom bis 2020 um 60 % auf 21,5 Mrd. Euro steigen wird. Der Strompreis könnte dadurch um rund 3 Cent auf 29 ct/kWh steigen.

Ein Blick auf die Preisentwicklung zeigt, dass die Strompreise in den letzten Jahren weit mehr angestiegen sind als dies jetzt von McKinsey für die Zeit bis 2020 errechnet wurde – seit 2002 allein um über 10 ct/kWh. Mit der Energiewende lässt sich dies nicht erklären, denn im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien nur um gut 3 ct/kWh. **Mehr als zwei Drittel der Preiserhöhungen haben also nichts mit den erneuerbaren Energien zu tun!**

#### Entwicklung der EEG-Umlage, des Börsenstrom- und des Haushaltsstrompreises seit 2002



## **Erneuerbare senken den Börsenpreis**

Neben der EEG-Umlage ist der Börsenpreis für Strom ein entscheidender Faktor für die Haushaltspreise. Für manche überraschend: Er hat sich seit einigen Jahren deutlich verringert, von 2008 bis heute um rund 3,5 ct/kWh. Den Preisvorteil haben die Energieversorger aber nicht an ihre Kunden weitergegeben, sondern als Zusatzgewinne in die eigene Tasche gesteckt. Das müsste dringend besser kontrolliert werden, doch die Bundesregierung lässt die Dinge laufen.

Ein Teil des Preisrückgangs basiert übrigens auf der zunehmenden Erzeugung erneuerbar erzeugten Stroms. Denn an der Börse wird Ökostrom annähernd zum Nulltarif gehandelt. Je mehr Ökostrom erzeugt wird, umso weniger teure Gas- und Kohlekraftwerke werden benötigt. Das senkt den Preis.

Dieser als „Merit-Order“ bezeichnete Effekt summierte sich im Jahr 2009 auf insgesamt 3,1 Mrd. Euro. Dies entspricht einer Senkung des Strompreises durch das EEG von etwa 0,6 ct/kWh. Auch für die Folgejahre wurden ähnliche Höhen ermittelt. In einer ehrlichen Berechnung müsste dieser Effekt von den EEG-Kosten abgezogen werden. Sie lägen dann nur bei maximal 3 ct/kWh.

## **2. Die wahren Strompreistreiber**

### **Privilegierung von stromintensiven Betrieben**

Die EEG-Kosten sind höher als notwendig. Schuld daran ist vor allem die sogenannte besondere Ausgleichsregelung. Sie sieht vor, dass **besonders stromintensive Unternehmen eine geringere EEG-Umlage bezahlen** müssen. Mit der schwarz-gelben EEG-Novelle wurde der Verbrauchsgrenzwert, ab dem Unternehmen eine geringere Umlage bezahlen müssen, auf 1 Gigawatt pro Jahr abgesenkt. Der Anwendungsbereich der Ausgleichsregelung wird dadurch massiv ausgedehnt, denn nun können auch mittlere Unternehmen in den Genuss der Privilegierung kommen. Alle anderen – die Privathaushalte und kleinen und mittelständischen Unternehmen – müssen deshalb mehr bezahlen. Im laufenden Jahr könnte die Umlage auf 3,7 bis 4,7 Cent pro Kilowattstunde steigen. Ohne die zusätzliche Befreiung läge sie lediglich bei 3 bis 3,5 ct/kWh. Und das, obwohl gerade die stromintensive Industrie durch den steigenden Anteil von Wind- und Solarstrom profitiert. Denn der Ökostrom senkt die Börsenpreise (s.o.).

Die Stromverbraucher teuer zu stehen kommt zudem die von Bundeswirtschaftsminister Rösler im letzten Jahr durchgesetzte **Befreiung zahlreicher Industrieunternehmen von den Netzentgelten**. Die dadurch hervorgerufene Einnahmelücke beträgt mehr als eine Milliarde Euro, die jetzt von Privathaushalten sowie kleineren und mittelständischen Unternehmen aufgebracht werden muss.

### **Unnötige Zusatzkosten im EEG**

Neu eingeführt wurde zudem die sogenannten „Marktprämie“ für die Eigenvermarktung von Ökostrom. Betreiber von EEG-Anlagen sollen den erzeugten Strom künftig verstärkt selbst vermarkten. Die Differenz zwischen Marktpreis und Erzeugungspreis kann er dann über das EEG abrechnen. Das ist prinzipiell richtig, wurde aber von der Bundesregierung teuer erkaufte. Denn sie

hat eine neue Managementprämie von 1,2 ct pro kWh vermarkteten Strom als zusätzlichen Anreiz ausgelobt. Das nehmen viele Ökostromerzeuger, vor allem Windmüller, gerne mit. Aktuell entstehen dadurch Mehrkosten von über 500 Millionen Euro für die Stromkunden, ohne dass mehr EE-Anlagen gebaut würden.

Zum 01.01.2012 gab es neben der ausgedehnten Umlagebefreiungsregelung noch eine weitere Neuerung. Es wurde eine Liquiditätsreserve von rund 0,1 ct/kWh auf die EEG-Umlage aufgeschlagen. Auch sie sorgt für einen Anstieg der EEG-Umlage ohne eine Zunahme von erneuerbaren Energien am Strommix.

### **Fazit**

Betrachtet man die Entwicklung der Strompreise in den letzten gut zehn Jahren, dann zeigt sich deutlich, dass weniger die erneuerbaren Energien bzw. die EEG-Umlage, sondern vielmehr Privilegierungsmechanismen für die Industrie sowie die gestiegenen Kosten für Stromerzeugung, Transport und Steuern für Steigerungen bei den Strompreisen verantwortlich sind.

Für die grüne Bundestagsfraktion steht fest, dass die kostenträchtigen Geschenke von Schwarz-Gelb an die Industrie zurückgenommen werden müssen. Außerdem muss das Erneuerbare Energien Gesetz von unnötigen Zusatzkosten wie der Managementprämie wieder entlastet werden.

Und nicht zuletzt brauchen wir endlich eine wirksame Kontrolle der Preisbildung. Immer noch gibt es hier Lücken. So ist es Großunternehmen weiterhin möglich, Strompreise zu manipulieren. Obwohl dies alles bekannt ist, schafft es die Bundesregierung nicht (oder will es nicht schaffen), die Marktaufsicht wirksam zu verbessern und Verbraucherinnen und Verbraucher vor Abzocke zu schützen.

Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf zur Einführung einer Markttransparenzstelle hilft hier nicht weiter. Sie schafft keine bessere Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger. Wirtschaftsminister Rösler will den Energiemarkt weiterhin nur passiv beobachten, anstatt wirksam das Gebaren der Energieversorger zu überprüfen. Transparenz soll es lediglich für Kartellamt und Netzentur geben, die Energieverbraucher gehen leer aus.